

# Calmer Waoblatt

Nr. 79

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mt., Familienanzeigen 100 Mt., Reklamen 400 Mt., Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Freitag, den 6. April 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erbzugslohn 3000 Mt. monatlich. Postbezugspreis 3400 Mt. ohne Postgebühren. Einzelnummer 120 Mt. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Aus England kommen nach längerer Pause plötzlich wieder Nachrichten über die Möglichkeit einer Lösung der Reparationsfrage. Der „Daily Telegraph“ will über die Auffassung amtlicher französischer Kreise dahin unterrichtet sein, daß man sich mit einer Gesamtsumme an Barleistungen in Höhe von 50 Milliarden Goldmark einverstanden erkläre; die Bezahlung müsse aber durch eine weitgehende (!) Ueberwachung der Finanzen Deutschlands gesichert werden. Außerdem wird zwecks militärischer und politischer Sicherung des bis an die Zähne bewaffneten Frankreichs die Entmilitarisierung des Rheinlands verlangt und die Vereinigung des Rheinlands und des Saargebiets als „westrheinische Republik“ nach demselben Verhältnis wie Württemberg und Baden, aber unter dem „Schutz“ des Völkerbunds. Also die „Neutralisierung“, d. h. Abrennung des Rheinlands und Saargebiets in versteckter Form. Die Berliner Presse bezeichnet den französischen Plan, den sie mit der Anwesenheit Loucheurs in London in Zusammenhang bringt, für Deutschland als unannehmbar, und glaubt, daß die Franzosen England dafür zu gewinnen trachten. Bessere Auffassung ist zweifellos richtig, nach den seitherigen Besprechungen der Sicherungs- und Reparationsfragen in den maßgebenden Kreisen Englands ist aber auch damit zu rechnen, daß die französischen Pläne der englischen Anschauung sehr unangekommen dürften. Aus der ganzen Aufmerksamkeit dieses neuesten Plans sehen wir auch wieder das enge politische und propagandistische Zusammenarbeiten der französischen und englischen Politik.

Die Massenausweisungen von Eisenbahnern im besetzten Gebiet nehmen immer größeren Umfang an, ebenso der Raub privaten Eigentums.

Der Reichsernährungsminister Dr. Luther war gestern in Stuttgart, um sich mit den beteiligten Faktoren über die Ernährungslage zu besprechen.

## Zur Lage.

Die von Entente-Seite eine Zeit lang gepflogenen Auseinandersetzungen über die Möglichkeit einer Vermittlungsaktion im deutsch-französischen Konflikt sind wieder eingeschlafen, nachdem von englischer Regierungsseite erklärt worden ist, daß die letzten Erklärungen der deutschen Staatsmänner keine geeignete Grundlage zu Verhandlungen böten. Und so hat die französische Soldateska ihre Willküraktionen weiterführen können, haben französische Techniker ihre Wirtschaftsspionage auf die wichtigsten Industriegebiete ausgedehnt, und der Raub privaten und staatlichen Eigentums hat überhaupt Umfang und Formen angenommen, die beweisen, daß die Franzosen in ihrer brutalen Raubgier und ihrem blinden Haß nicht einmal mehr nach außen hin die Anschauungen über Recht und Moral zu achten für nötig finden. Die letzten Morbidaten in Essen deuten schließlich das Ziel an, das man erreichen möchte: Aufgabe der bis jetzt unter Anstrengung aller Nervenkräfte gehaltenen Disziplin der Bevölkerung, damit man uns auch formell den Krieg erklären kann. Und wenn in der deutschen Protestnote für diese ungeheuerliche Tat nicht nur das französische Militär, sondern auch die französische Regierung verantwortlich gemacht wird, so darf man diese Verantwortung auch auf die Regierungen ausdehnen, die ruhig — mit der Entschuldigung der „Neutralität“ — zugeesehen haben, wie sich der Einbruch der Franzosen vorbereitete, vollzogen und von Tag zu Tag ausgebreitet hat, jener Regierungen, die die Grundlagen der französischen Gewaltherrschaft im Versailler Vertrag geschaffen haben, und die jetzt die Pflicht hätten, die Verletzung dieses Vertrags durch Frankreich zu verhindern, ebenso wie sie das zweifellos im Falle einer Verletzung durch Deutschland in schroffster Form zu tun gewußt hätten. Aber man hört heute weder aus London noch aus Washington irgend eine Stimme, die ein neues Moment in der Frage des Ruhrkonflikts oder der Reparationsfrage überhaupt anschlagen könnte. Man hat auch in diesen Staaten weit wichtigeres zu tun, als sich mit dem politisch und wirtschaftlich erledigten Deutschland abzugeben. Da ist die Orientfrage, die in erster Linie England interessiert, und die Mitte des Monats in Lausanne wieder zur Verhandlung steht. Da ist die panamerikanische Konferenz, die in aller Stille in Santiago de Chile abgehalten wird, der man aber in Europa mehr Aufmerksamkeit schenken sollte. Bezweckt sie doch nichts anderes als die von Nordamerika während des Kriegs und nach demselben mit Macht betriebene Vereinigung aller Staaten Nord-, Süd- und Mittelamerikas unter der Fahne der Monroe-Doktrin. Wie die Amerikaner

im Kriege den wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands in Südamerika planmäßig auszuschalten suchten, so arbeiten sie jetzt nicht nur darauf hin, die größtenteils agrarwirtschaftlich interessierten südamerikanischen Staaten als dauerndes Absatzgebiet ihrer Trübswirtschaft zu erhalten, sondern diese Staaten auch für politische Zwecke, und zwar gegen Asien hin zu gewinnen. Dieselben Amerikaner, die sich anmaßten, die Entscheidung über die Zustände in Europa zu treffen, die im Orient den maßgebenden wirtschaftlichen Einfluß erstreben, die die russischen Bodenschätze ausbeuten wollen, wollen für den gesamten amerikanischen Kontinent jetzt Grundsätze aufstellen, nach denen kein außeramerikanischer Staat das Recht haben soll, sich in die Angelegenheiten dieser Staaten einzumischen. Welche Tragweite dieser Gedanke hat, wird die Zukunft zeigen, denn es ist fraglos, daß hier die hochpolitischen Ziele Washingtons eine ausschlaggebende Rolle spielen werden. Bezeichnend ist, daß an der Konferenz Mexiko nicht beteiligt ist, das man wohl nach und nach als selbständigen Staat auszubilden gedenkt, genau so wie man alle oppositionellen Staaten Mittelamerikas durch politischen Druck mundtot zu machen verstanden hat. Wir sehen an diesem neuen Schachzug der Washingtoner Regierung, welche gewaltigen Auswirkungen die Niederwerfung Deutschlands gehabt hat, auf die prompt die Isolierung Japans durch die Washingtoner Konferenz folgte, und nun die Bearbeitung Südamerikas, worauf man sich mit Ruhe an die Lösung der orientalischen und asiatischen Fragen machen wird. Es ist also nicht so, wie man bei uns im Volke überall meint, daß Amerika in den Krieg gegen Deutschland eingetreten ist, lediglich, damit sein an die Alliierten geliehenes Geld nicht verloren geht, sondern um den einzigen Gegner zu erledigen, der vermöge seiner geistigen, wissenschaftlichen und technischen Ueberlegenheit imstande gewesen wäre, die Weltzustände der Angelsachsen zum Scheitern zu bringen. Und weil dieses Ziel in allen noch so verschleierte Aktionen Englands und Amerikas immer wieder in Erscheinung tritt, deshalb bekämpfen wir auch dauernd die Illusionen, die wie im Kriege so auch nach demselben und bis auf den heutigen Tag von der angelsächsischen Presse und den Staatsmännern Englands und Amerikas geflüstert genährt werden, als ob man das deutsche Volk keineswegs ruinieren wolle, während aber die Handlungen und heute die Unterlassungen das Gegenteil solcher Auslassungen beweisen.

Was wir höchstensfalls von England und Amerika zu erwarten haben, das ist uns ja in der von beiden Regierungen aufgestellten Formel bekannt gegeben worden: Heranziehung der deutschen Volkswirtschaft bis zum Höchstmaß ihrer Leistungsfähigkeit! Und selbstverständlich Finanz- und Wirtschaftskontrolle zwecks steter Möglichkeit der Berechnung der Leistungsfähigkeit. Also sagen wir kurz und zureichend: Das Schicksal Deutschlands! Aber wenn die Franzosen mit ihrer Gewaltpolitik noch mehr herauszupressen vermögen, nun dann drückt man eben noch ein Auge zu, und deshalb läßt man sie gewähren, und dokumentiert seine hohe Moralität mit der Parole „Freundschaftliche Neutralität“ als hübsches Pendant zu dem französischen Wahlspruch „Friedliche“ Befehung.

Außer der vorläufig außer Kurs gesetzten Frage einer englischen oder amerikanischen Vermittlungsaktion ist nun in den letzten Tagen von einer bevorstehenden Botschaft des Papstes gesprochen worden, die den Charakter einer Vermittlung tragen soll. Ein Vertreter des Papstes ist ja zur Zeit im Ruhrgebiet, um die Zustände aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Aber selbstverständlich werden die Franzosen alles aufbieten, um dem ehrwürdigen Herrn die schönsten Seiten dieser „friedlichen“ Aktion zu zeigen, und wir haben ja auch in Obereschlesien gesehen, wie wenig durch solche Missionen der deutschen Sache geholfen ist. Wir werden also gut tun, vorläufig auf unsere eigene Widerstandskraft die einzige Hoffnung zu setzen.

Solange die Entente im Orient und in Rußland nicht einen Frieden in ihrem Sinne geschlossen hat, dürfen wir wohl kaum auf eine Aenderung der Lage auch für Deutschland hoffen. Zur Zeit sieht es aber gar nicht danach aus. In England wird die Luftflotte vermehrt, in Frankreich die Marine, die kleinen Ententestaaten Tschechoslowakei, Polen und Rumänien werden von französischen Generalen inspiziert, die Rumänen melden dauernd von russischen Truppenansammlungen an der bessarabischen Grenze, wohl nur um die eigenen Kriegsvorbereitungen zu rechtfertigen. So ist alles auf den Krieg eingestellt, während man vom Frieden wie von einer imaginären Zahl spricht. Und wenn auch Havas und Reuter sich darin überbieten, die türkische Bereitschaft zur Friedensunterzeichnung täglich in immer glaubwürdiger klingenden Formen voranzulagen, auch hier werden wir skeptisch sein müssen, bis der Vertrag von Lausanne tatsächlich unterschrieben ist.

So läßt heute die außenpolitische Situation trotz der verschiedenen Erklärungen der maßgebenden Staatsmänner keinerlei Deutung für die Zukunft zu, nur das kann man sagen, der weltpolitische Horizont ist so unheilswanger wie je, und es bedarf nur des geringsten Anstoßes, um neues unabsehbares Unglück über die Menschheit zu bringen. O. S.

## Ein neuer Reparationsplan Frankreichs? Englische Stimmen über die Auffassung in Frankreich.

London, 5. April. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die augenblickliche politische Lage im Ruhrgebiet zwingt die ernstesten Elemente der politischen Meinung in allen beteiligten Ländern, insbesondere in England und Frankreich, zu der Einsicht, daß eine baldige Lösung für das doppelte Problem der Reparationen und der Sicherheit gefunden werden müsse, wenn eine europäische Krise vermieden werden solle. Die Bewegung zu Gunsten einer praktischen Lösung gewinne in den amtlichen und nichtamtlichen französischen Kreisen an Boden. Führende französische Staatsmänner und Militärs hätten das englische Interesse an der künftigen Sicherheit Frankreichs begrüßt. Französische Staatsmänner hätten infolgedessen die in Betracht kommenden Fragen von einem weiter gehenden Standpunkt aus, besonders vom kaufmännischen Standpunkt, betrachtet als bisher. Der Berichterstatter gibt die in manchen französischen einflussreichen Kreisen, selbst in einigen der höchsten, herrschende Auffassung wieder: 1. Reparationen. Die Gesamtentschädigung müsse jetzt auf eine verhältnismäßig bescheidene Summe herabgesetzt und der Hauptteil der Reparationszahlungen und -lieferungen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete verwandt werden. Frankreichs ermäßigte Mindestforderung für diesen Zweck betrage 26 Milliarden Goldmark. Andererseits werde vorgeschlagen, daß die Schulden der Ententemächte an die Ver. Staaten auf Deutschland übertragen werden sollen. Dadurch könne die Forderung Großbritanniens an seine Alliierten in Höhe der britischen Schuld an die Ver. Staaten befriedigt werden. Dem Berichterstatter zufolge würde die gesamte Reparationsforderung auf Grund dieses Planes etwa 50 Milliarden betragen. Die deutschen Industrien müßten wesentliche Garantien geben, während Berlin selbst die Notwendigkeit weitreichender internationaler Ueberwachung der Finanzen Deutschlands bereits zugegeben habe. Deutschland würde natürlich ein wesentliches Moratorium erhalten. 2. Sicherheit. Es würde eine streckenweise, jedoch rasche militärische Räumung des Ruhrgebietes und anderer in der letzten Zeit auf dem rechten Rheinufer besetzten Gebiete durch Frankreich und Belgien stattfinden, vorausgesetzt, daß die deutschen Zahlungen und Lieferungen regelmäßig erfolgen. Außer der vom Versailler Vertrag festgesetzten neutralen Zone würde keinerlei Sonderregime errichtet werden. Das westliche Rheinufer würde jedoch ein Bundesstaat werden in derselben Art wie die Republiken Baden und Württemberg innerhalb des Deutschen Reiches. (!) Der Zweck hierbei sei, die bisherige preussische Verwaltung zu beenden. Diese westrheinische Republik würde politisch, wirtschaftlich und administrativ ein integraler Teil des Reiches bilden. Sie würde jedoch unter der Aufsicht des Völkerbunds entmilitarisiert werden. Keine deutschen Truppen dürften dort gehalten oder requiriert werden. Außerdem würde das Deutsche Reich noch einen felerlichen Nichtangriffspakt mit den übrigen Mächten abschließen, vorzugsweise in der Gestalt einer regionalen Vereinbarung zur Anwendung des Artikels 10 der Völkerbundsstatuten. Was das Saargebiet betreffe, so würde „das natürliche Verfahren“ sein, es dem geplanten westrheinischen Staat innerhalb des Deutschen Reiches zu assimilieren. Zugleich jedoch werde für die sofortige Schaffung eines autonomen Saarstaates unter der Aufsicht des Völkerbunds eingetreten, statt zuzulassen, daß die Zukunft dieser Enklave durch eine Volksabstimmung nach dem Verlaufe von 15 Jahren bestimmt werde. Der Berichterstatter erklärt zum Schluß, daß die Einzelheiten eines solchen Planes eine ausgiebige Prüfung erforderten, daß jedoch seine Grundsätze vielleicht zu ernstlichen und wohlwollenden Erwägung in England berechtigten.

London, 5. April. (Reuter.) Ramsay MacDonald sagte in einer Rede in Portheawl (Südwaales), er sei kürzlich in Paris gewesen und habe festgestellt, daß man dort zugebe, Frankreich werde aus dem Ruhrgebiet keine Reparationen erlangen. Er und seine Kollegen hätten mit Mitgliedern des französischen, belgischen und italienischen Parlaments in Paris und anderswo zusammengearbeitet, um genau herauszufinden, unter welchen Bedingungen eine Regelung erreicht werden könne. Er vertrete darauf, daß man der Lösung des Ruhrproblems viel näher





